

Dokumentenstand: 2. Mai 2026

EIGNUNGSKRITERIEN

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Zu beachtende Besonderheiten	2
1.1.	Bei Bietergemeinschaften	2
1.2.	Bei Bietern aus anderen Staaten.....	2
2.	Belege über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	2
2.1.	Auszug aus dem Wettbewerbsregister und Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	3
2.2.	Auszug aus dem Bundeszentralregister	4
2.3.	Eigenerklärung Bezug Russland	5
2.4.	Tariftreue- und Verpflichtungserklärungen nach dem TVgG NRW	5
3.	Beleg der Eignung.....	6
3.1.	Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung	6
3.2.	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	6
3.3.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	7
3.4.	Referenzen.....	7

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 2 von 8

Zur Feststellung der Eignung des Bieters für die Erfüllung des ausgeschriebenen Auftrags werden die nachfolgend dargestellten Erklärungen und Nachweise gefordert.

1. ZU BEACHTENDE BESONDERHEITEN

1.1. BEI BIETERGEMEINSCHAFTEN

Bei Bietergemeinschaften sind die Angaben, Erklärungen und Nachweise nach

Ziff. 2 (Belege über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen)	von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft
Ziff. 3.2 (Auszug Handels-/Vereinsregister)	
Ziff. 3.3 (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit)	von der Bietergemeinschaft insgesamt <u>oder</u> von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft
Ziff. 3.1 (Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung)	von dem mit der relevanten Leistungsausführung betrauten Mitglied der Bietergemeinschaft
Ziff. 3.4 (Referenzen)	

zu erbringen.

1.2. BEI BIETERN AUS ANDEREN STAATEN

Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen vergleichbare Nachweise erbringen. Eine beglaubigte deutsche Übersetzung ist zwingend beizulegen.

2. BELEGE ÜBER DAS NICHTVORLIEGEN VON AUSSCHLUSSGRÜNDEN

Zur Erbringung der verfahrensgegenständlichen rettungsdienstlichen Leistungen sind insbesondere nur solche Bieter geeignet, bei denen keine Tatsachen vorliegen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit des Bieters oder der zur Führung der Geschäfte bestellten Personen begründen.

Unbeschadet der §§ 123, 124 GWB ist die Eignung des Bieters zu verneinen, wenn sich aus den nachfolgenden unter Ziff. 2.1 und 2.2 genannten Unterlagen Zweifel

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 3 von 8

ergeben, dass der Bieter und die von ihm zur Führung der Geschäfte bestellten Personen den Betrieb unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften führen und dabei die Allgemeinheit vor Schäden und Gefahren bewahren werden.

Darüber hinaus lehnt der Aufgabenträger eine Beauftragung von Personen bzw. Unternehmen ab, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 aufweisen (nachfolgend Ziff. 2.3.).

Zur Prüfung dieser genannten Kriterien fordert der Aufgabenträger die nachfolgend genannten Erklärungen und Nachweise.

2.1. AUSZUG AUS DEM WETTBEWERBSREGISTER UND EIGENERKLÄRUNG ÜBER DAS NICHTVORLIEGEN VON AUSSCHLUSSGRÜNDEN

Der Aufgabenträger wird in Bezug auf den Bieter sowie dessen zur Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en) das Wettbewerbsregister (§§ 1, 3 WRegG) einsehen und entsprechende Auszüge veranlassen.

Daneben wird der Aufgabenträger zur Beurteilung der Zuverlässigkeit in Anwendung von §§ 123 und 124 GWB auch das Vorliegen der dort genannten Ausschlussgründe prüfen. Hierzu hat der Bieter die Eigenerklärung gemäß **Anlage 7 Eigenerklärung Ausschlussgründe** abzugeben.

Können die vorgenannten Auszüge nicht veranlasst werden, weil der Bieter bzw. die betreffenden Personen aus einem anderen Mitgliedstaat der EU stammen oder in einem anderen Mitgliedsstaat der EU niedergelassen sind, erkennt der Aufgabenträger eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslands oder des Niederlassungsstaats des Bieters bzw. der betreffenden Personen an. In diesem Fall ist der für die Beauftragung vorgesehene Bieter zur Vorlage der gleichwertigen Bescheinigungen verpflichtet.

Werden die benannten Urkunden/Bescheinigungen von dem Herkunftsland oder dem Niederlassungsstaat des Bieters bzw. der betreffenden Personen nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle Ausschlussgründe im Sinne von § 123 Abs. 1 bis 4 sowie § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB erwähnt, so können sie durch eine Versicherung an Eides statt

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 4 von 8

ersetzt werden. In den Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, darf die Versicherung an Eides statt durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein Vertreter des betreffenden Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dazu bevollmächtigten Berufs- oder Handelsorganisation des Herkunftslands oder des Niederlassungsstaats des Bieters bzw. der betreffenden Personen abgibt.

2.2. AUSZUG AUS DEM BUNDESZENTRALREGISTER

Aktueller Auszug (nicht älter als sechs Monate vor dem Ende der Frist zur Abgabe des Angebots) aus dem Bundeszentralregister gemäß § 30 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) für den Unternehmer als natürliche Person, bei einer juristischen Person für jeden gesetzlichen Vertreter und zudem in beiden Fällen für jede zur Führung der Geschäfte bestellte Person. Sofern ein solcher Auszug bis zum Ablauf der Angebotsfrist nicht vorliegt, reicht auch die Antragsbestätigung oder ein vergleichbarer Nachweis über die Antragstellung auf einen Auszug aus dem BZR zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart „O“) gemäß § 30 Abs. 5 BZRG aus. Wird ein Auszug gemäß Belegart „O“ beantragt, so ist zu veranlassen, dass die Übersendung des Nachweises an den **Hochsauerlandkreis, Zentrale Vergabestelle, Eichholzstraße 11, 59821 Arnsberg** erfolgt.

Können derartige Auszüge nicht veranlasst werden, weil der Bieter bzw. die betreffenden Personen aus einem anderen Mitgliedstaat der EU stammen oder in einem anderen Mitgliedsstaat der EU niedergelassen sind, erkennt der Aufgabenträger eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslands oder des Niederlassungsstaats des Bieters bzw. der betreffenden Personen an. In diesem Fall ist der für die Beauftragung vorgesehene Bieter zur Vorlage der gleichwertigen Bescheinigungen verpflichtet.

Werden die benannten Urkunden/Bescheinigungen von dem Herkunftsland oder dem Niederlassungsstaat des Bieters bzw. der betreffenden Personen nicht ausgestellt oder werden darin nicht alle Ausschlussgründe im Sinne von § 123 Abs. 1 bis 3 GWB erwähnt, so können sie durch eine Versicherung an Eides statt ersetzt werden. In den Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, darf die Versicherung an Eides statt durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden, die ein Vertreter des

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 5 von 8

betreffenden Unternehmens vor einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde, einem Notar oder einer dazu bevollmächtigten Berufs- oder Handelsorganisation des Herkunftslands oder des Niederlassungsstaats des Bieters bzw. der betreffenden Person abgibt.

2.3. EIGENERKLÄRUNG BEZUG RUSSLAND

Der Bieter hat die Eigenerklärung zur Umsetzung der Maßnahmen nach Art. 5 k VO (EU) 833/2014 i. d. F. d. VO (EU) 2022/576 (Bezug Russland) auf dem Formblatt in **Anlage 8 Eigenerklärung Bezug Russland** abzugeben.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

2.4. TARIFTREUE- UND VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNGEN NACH DEM TVGG NRW

Der Bieter hat mit seinem Angebot unter Verwendung der **Anlage 12 Erklärungen TVgG** die nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) erforderlichen Verpflichtungserklärungen vollständig ausgefüllt und unterzeichnet einzureichen.

Hierzu gehören insbesondere:

- die Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung,
- die Verpflichtungserklärung zur Weitergabe von Verpflichtungen an Nachunternehmer und Verleiher,
- sowie ggf. weitere nach Maßgabe des TVgG NRW erforderliche Erklärungen.

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 6 von 8

Sofern der Bieter beabsichtigt, Nachunternehmer einzusetzen, hat er sicherzustellen, dass auch diese die nach dem TVgG NRW erforderlichen Verpflichtungserklärungen abgeben.

Der Aufgabenträger behält sich vor, entsprechende Nachweise und Erklärungen der Nachunternehmer vor Zuschlagserteilung oder während der Vertragslaufzeit anzufordern.

3. BELEG DER EIGNUNG

3.1. ERLAUBNIS ZUR ARBEITNEHMERÜBERLASSUNG

Der Bieter muss über eine gültige Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß § 1 AÜG verfügen.

Die Erlaubnis ist mit den Angebotsunterlagen vorzulegen.

3.2. BEFÄHIGUNG UND ERLAUBNIS ZUR BERUFSAUSÜBUNG

AUSZUG HANDELS-/VEREINSREGISTER

Es muss ein aktueller Ausdruck/Auszug (ausreichend in Kopie, nicht älter als sechs (6) Monate vor dem Ende der Frist zur Abgabe des Angebots) aus dem Handelsregister gemäß §§ 8 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) i. V. m. der Handelsregisterverordnung (HRV) bzw. aus dem Vereinsregister gemäß §§ 55 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i. V. m. der Vereinsregisterordnung (VRG) vorgelegt werden.

Für Körperschaften des öffentlichen Rechts genügt insoweit die Vorlage der aktuellen Satzung. Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen vergleichbare Nachweise erbringen. Eine deutsche Übersetzung ist zwingend beizulegen.

Für kommunale oder staatliche Krankenhausträger entfällt diese Anforderung.

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 7 von 8

3.3. WIRTSCHAFTLICHE UND FINANZIELLE LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Für die Gewährleistung einer stabilen Leistungserbringung ist u. a. die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Voraussetzung.

BETRIEBSHAFTPFLICHTVERSICHERUNG

Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung, die die Erbringung notärztlicher Leistungen mit einschließt über den gesamten Vertragszeitraum, beginnend spätestens zum Beginn des Leistungszeitraumes. Die Versicherung muss für die Rückgriffshaftung des Aufgabenträger bei Schäden, für welche der Aufgabenträger im Rahmen der Amtshaftung in Anspruch genommen wird, mit einer Mindestdeckungssumme von **jeweils** 10 Mio. EUR bei Personen-, Sach- und Vermögensschäden bei zweifacher Maximierung pro Jahr bestehen. Der Nachweis kann geführt werden entweder

- durch Vorlage einer bestehenden Versicherungspolice mit den genannten Mindestdeckungssummen und der Eigenerklärung des Bieters, die Versicherung über den gesamten Vertragszeitraum aufrechtzuerhalten oder
- durch die Bestätigung eines Versicherers über dessen Bereitschaft, im Falle der Beauftragung eine solche Versicherung mit den genannten Mindestdeckungssummen mit dem Bieter abzuschließen und über den gesamten Vertragszeitraum aufrechtzuerhalten.

3.4. REFERENZEN

Es werden nur solche Bieter zugelassen, die mindestens eine (1) Referenz über früher ausgeführte Beauftragungen zur Notarztstellung im öffentlichen Rettungsdienst nachweisen können. Die Referenz muss nach Art und Umfang mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Referenzen, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist länger als drei (3) Jahre zurückliegen, werden nicht berücksichtigt.

Hierzu ist die **Anlage 10 Referenzliste** auszufüllen.

ANLAGE 1

Eignungskriterien

Seite 8 von 8

Änderungshistorie		
Dokumentenstand Datum	Vorgenommene Änderungen	Bekannt gegeben Datum
02.05.2026	Ursprungsfassung	<input checked="" type="checkbox"/>